

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 28.09.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 09:00 Uhr
Sitzungspausen: 09.20 Uhr bis 09.30 Uhr; 10.05 Uhr bis 10.15 Uhr
Ende: 12:45 Uhr

Anwesend:

Herr Baum	Vorsitzender (bis 11.45 Uhr)
Frau Aufderheide	
Herr Dr. Bruder	
Frau Eisenheimer	(bis 11.55 Uhr)
Frau Hammes-Hofmann	
Frau Heinrich	
Herr Heuer	
Herr Imorde	(ab 09.40 Uhr)
Herr Kläs	
Herr Reeske	(bis 12.20 Uhr)
Frau Röder	(Vorsitzende ab 11.46 Uhr)

Stellvertretende Mitglieder

Herr Aufderheide	
Herr Dr. Gerull	
Herr Huhn	
Frau Lawrenz	(ab 11.46 Uhr als Vertreterin für Herrn Baum)

Herr Sobania	(bis 11.50 Uhr)
Herr Winkelmann	

Beratende Mitglieder

Frau Schneider (SPD)	
Herr Donath (SPD)	(bis 12.30 Uhr)
Frau Wegner(Bündnis 90/Die Grünen)	(bis 12.25 Uhr)
Frau Wilmsmeier (FDP)	

Verwaltung

Herr Bentrup	Amt für Verkehr (zu Top 7)
Herr Fabian	Amt für Verkehr (zu Top 8 und 9)
Herr Müller	Amt für Schule (zu Top 10)
Herr Schachtsiek	Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen (zu Top 11)
Frau Schulz	Amt für soziale Leistungen – Sozialamt -
Herr Voelzke	Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – (zu Top 12)
Herr Litke	Amt für soziale Leistungen – Sozialamt -
Frau Hammes	Schwerbehindertenvertretung

Gäste

Frau Landmann	Gebärdensprachdolmetscherin
Frau Hoppe	Gebärdensprachdolmetscherin

Schriftführung

Frau Daube	Amt für soziale Leistungen – Sozialamt -
------------	--

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Baum begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ergänzungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 16. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 22.06.2011

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen vom 22.06.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Geplante Änderungen bei der Erstattungspflicht des Bundes für Rentenversicherungsbeiträge behinderter Menschen in Werkstätten für behinderte Menschen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.2 Inklusion im Schulbereich

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage. Herr Müller vom Amt für Schule führt weiter aus, dass es für die Besetzung der ausgeschriebenen Stelle zur weiteren Umsetzung der Inklusion im Primar- und Sekundarstufenbereich 5 Bewerbungen gäbe. Über die Stellenbesetzung werde in Kürze entschieden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.3 Sanierung der Tiefgarage im Neuen Rathaus

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.4 Winterdienst auf Behindertenparkplätzen

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage. Die beigefügte Aufstellung sei in der Arbeitsgruppe „Bebaute Umwelt und Verkehr“ des Beirates überarbeitet worden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.5 Einführung eines Sozialtickets in der Stadt Bielefeld

Frau Schulz vom Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – führt aus, dass der Finanz- und Personalausschuss in seiner gestrigen Sitzung die Beantragung der Landesmittel für die Einführung des Sozialtickets in Bielefeld zum 01.12.2011 beschlossen habe. Berechtigter Personenkreis seien Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII, sowie Geringverdiener.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.6 Fachtag "Inklusion und Ehrenamt" am 13.10.2011

Vorsitzender Herr Baum weist auf die Veranstaltung hin.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.7 Ratgeber "Planen und Bauen" der Stadt Bielefeld

Der Ratgeber ist bei der Geschäftsführung einsehbar.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.8 Info-Brief: Demographie (5)

Der Info-Brief liegt aus und kann bei der Geschäftsführung eingesehen werden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.9 Ausweitung der Freifahrtberechtigung im ÖPNV und im Regionalverkehr der DB

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung verschickte Anlage.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.10 Einladung zur Veranstaltung "Bielefeld packt es an: Eine Schule für alle!"

Frau Röder weist auf die Veranstaltung „Bielefeld packt es an: Eine Schule für alle!“ am 08.10.2011 im Haus der Kirche in Bielefeld hin.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.11 DIN 32984 - Bodenindikatoren

Herr Dr. Gerull teilt mit, dass die DIN 32984 – Bodenindikatoren - überarbeitet wurde. Sie lege die Anforderungen an Bodenindikatoren und sonstige Leitelemente fest, um damit die Sicherheit und Mobilität blinder und sehbehinderter Menschen im öffentlichen Raum zu verbessern. Die Vertreterverbände der Sehbehinderten und Blinden wünschen für den Bereich der Stadt Bielefeld eine umfassende Übernahme dieser Regelungen, um auch die bundeseinheitliche Gestaltung zu unterstützen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.12 Führungen für blinde und sehbehinderte Menschen in der Kunsthalle Bielefeld

Herr Dr. Gerull weist darauf hin, dass die Kunsthalle Bielefeld während jeder Ausstellung mindestens eine Führung für blinde und sehbehinderte Menschen anbiete.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.13 Beteiligung des örtlichen Beirates für Behindertenfragen an Baumaßnahmen des Landes

Herr Dr. Gerull berichtet über die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretungen der Universität und der Fachhochschule im Zusammenhang mit den Neubauten auf dem Campus. Nach seinen Informationen seien diese nicht ausreichend informiert worden. Er hält auch die Einbeziehung des Beirates für Behindertenfragen für unerlässlich und bittet darum, das Beteiligungsverfahren an Landesbaumaßnahmen grundsätzlich zu überdenken.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 3.14 Ökumenischer Gottesdienst für behinderte und nicht behinderte Menschen in der Lutherkirche

Herr Dr. Bruder weist auf einen Ökumenischen Gottesdienst für Menschen mit und ohne Behinderungen am 09.10.2011 um 10.00 Uhr in

der Lutherkirche, Otto-Brenner-Str. 171 hin.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.15 30 Jahre Hörgeschädigtenzentrum Bielefeld

Frau Aufderheide berichtet über die 30-Jahr-Feier des Hörgeschädigtenzentrums Bielefeld und teilt mit, dass das Hörgeschädigtenzentrum in Änne und Hans Scheibner-Haus umbenannt wurde.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.16 Amerikahaus

Frau Hammes-Hofmann teilt mit, dass bei den Baumaßnahmen im Amerikahaus dank der Bemühungen von Herrn Bleimund vom ISB die Wünsche und Anregungen des Beirates weitgehend umgesetzt wurden.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

Frau Röder fragt nach, ob es im Jahr 2012 für den Beirat für Behindertenfragen einen Sitzungstermin im Dezember geben werde. Frau Daube teilt mit, dass als Termin der **19.12.2012, 09.00 Uhr** vorgesehen sei.

Frau Röder bittet darum

- das Thema „Integrationshelfer“ noch in diesem Jahr im Beirat zu behandeln und
- zum Thema „Abzweigung Kindergeld“ eine Vertreterin bzw. einen Vertreter der Kindergeldkasse zur Berichterstattung einzuladen.

Frau Aufderheide bittet zum Neubau der Handwerkskammer um eine Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen.

-.-.-

Sitzungspause: 09.20 – 09.30 Uhr

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Entwicklung eines kommunalen Inklusionsplanes unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Behindertenhilfeplanes der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3071/2009-2014

Frau Röder erläutert den Antrag und bittet den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

„Für die Erstellung ist ein Gremium einzuberufen mit allen Akteuren (Politik, Verwaltung und Betroffene), um konkrete Handlungsfelder zu erarbeiten“.

Die Begründung solle nach dem 2. Absatz wie folgt ergänzt werden:

„Der Ratsbeschluss zum behindertenfreundlichen Bielefeld deckt nicht alle Vorgaben der BRK ab“.

Der Inklusionsplan solle alle Lebensbereiche umfassen und unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen erstellt werden.

Frau Wilmsmeier bittet darum, dass auch bereits vorhandene positive Veränderungen im Schulbereich zur Kenntnis genommen werden. Herr Riedinger, Leiter der Leineweberschule – Förderschule für Sprache –, solle in eine der nächsten Sitzungen des Beirates zur Berichterstattung eingeladen werden.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen fordert den Rat der Stadt Bielefeld auf, im Kontext der Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention, unter Beteiligung des Beirates einen Inklusionsplan auf kommunaler Ebene zu erstellen. Für die Erstellung ist ein Gremium einzuberufen mit allen Akteuren (Politik, Verwaltung und Betroffene), um konkrete Handlungsfelder zu erarbeiten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Künftige Arbeitsweise des Beirates für Behindertenfragen

Beratungsgrundlage:

Vorsitzender Baum erläutert den Antrag. Die Arbeitsgruppen sollen zur Unterstützung der Arbeit des Beirates tätig werden. In der sich anschließenden Diskussion begrüßen die Mitglieder diese neue Arbeitsweise und bitten alle Behinderungsarten gleichmäßig in den Arbeitsgruppen zu berücksichtigen. Auch die beratenden Mitglieder sollen mit einbezogen werden. Auf den erhöhten Zeitaufwand wird hingewiesen. Die Besetzung der Arbeitsgruppen erfolgt in der nächsten Sitzung.

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen beschließt die Bildung der folgenden Arbeitsgruppen gem. § 5a der Satzung des Beirates:

1. Arbeitsgruppe „Bildung“

u.a. mit den Inhalten.

- Frühförderung
- Tageseinrichtungen für Kinder
- Schule
- Weiterbildung

2. Arbeitsgruppe „Bebaute Umwelt und Verkehr“

3. Arbeitsgruppe „Gesundheit“

u.a. mit den Inhalten:

- barrierefreie Praxen
- barrierefreie Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
- Notdienste
- Hilfsmittelberatung
- barrierefreie Kommunikation im Gesundheitswesen
- Menschen mit Behinderung und zusätzlichem psychotherapeutischen Versorgungsbedarf
- Begleitung von geistig und mehrfach behinderten Menschen in Krankenhäusern

4. Arbeitsgruppe „Teilhabe am öffentlichen Leben“

u.a. mit den Inhalten:

- Kommunikation
- Kultur
- Freizeit, Erholung
- Sport
- Mobilität
- politische Teilhabe

5. Arbeitsgruppe „Wohnen, Arbeit und Beschäftigung“

u.a. mit der Ausrichtung auf

- Sozialräumlich orientierte Wohnformen
- Übergang Schule/Beruf

Die Arbeitskreise der Teilhilfesysteme bleiben bestehen.

Es wird festgelegt, dass jede Arbeitsgruppe eine verantwortliche

Sprecherin bzw. einen verantwortlichen Sprecher sowie eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter benennt.

Die Sprecherinnen bzw. Sprecher der Arbeitskreise haben folgende Aufgaben:

- Einladung des Arbeitskreises / Terminplanung
- Organisation der Protokollführung
- Information des Beirates über die Ergebnisse des Arbeitskreises.

Der Beirat geht in diesem Zusammenhang von einer erheblichen Entlastung der Verwaltung durch die Implementierung dieses Ansatzes aus.

Zur Durchführung dieses Ansatzes bittet der Beirat die Verwaltung, ihm einen eigenen Raum (vgl. Seniorenrat) zur Durchführung von Arbeitstreffen sowie zur Herstellung des Bürgerkontakts durch Sprechstunden o.ä. zur Verfügung zu stellen und diesen Arbeitsraum mit Mobiliar, PC, Telefon und Kopierer auszustatten.

- einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen -

-.--

Zu Punkt 6

Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

Frau Röder berichtet aus dem **Schul- und Sportausschuss**. Dort wurde u. a. das Demographiekonzept vorgestellt. Sie habe gebeten, das Thema Inklusion im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Herr Kläs hat an der Sitzung des **Jugendhilfeausschusses** teilgenommen. Es wurden die Eckpunkte für ein Gesetz zur „Leistungssteigerung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 29.03.2011 erörtert. Danach seien Veränderungen bei den Instrumenten zur Integration in den Arbeitsmarkt (SGB II und SGB III) vorgesehen. Der Beirat solle sich damit befassen und klären, welche konkreten Auswirkungen das für Menschen mit Behinderungen habe.

Vorsitzender Herr Baum berichtet aus dem **Stadtentwicklungsausschuss**. Die dort behandelten Vorlagen zur barrierefreien Gestaltung des Kesselbrinks und das Konzept zum Ausbau barrierefreier Stadtbahnhaltestellen seien auch Themen in der heutigen Sitzung des Beirates.

Herr Winkelmann hat an der Sitzung des **Seniorenrates** teilgenommen. Dort wurden u. a. die Ergebnisse des Projekts „Bielefeld engagiert“, Teilprojekt Nachbarschaftshilfe vorgestellt. Er regt an, zu diesem Thema auch eine Berichterstattung im Beirat vorzusehen.

Frau Aufderheide berichtet aus dem **Arbeitskreis „Beratung und**

Selbsthilfe“. Sie habe vorgeschlagen, dort Selbsthilfegruppen, die ehrenamtliche Beratung anbieten, vorzustellen.

Frau Hammes-Hofmann berichtet zum Stand der „Öffentlichen Toiletten“ in Bielefeld. Ziel sei es, eine Übersicht über die vorhandenen öffentlichen Toiletten zu erstellen. Alle Mitglieder werden eine Übersicht über die bisher ermittelten Standorte erhalten und sollen diese ergänzen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Sitzungspause: 10.05 Uhr bis 10.15 Uhr

Zu Punkt 7 **Gestaltungskonzept für die Sondernutzungen im Stadtgebiet Bielefeld und Neufassung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2679/2009-2014

Herr Bentrup vom Amt für Verkehr teilt mit, dass das Gestaltungskonzept für die Sondernutzungen im Stadtgebiet Bielefeld und die Neufassung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen bereits alle Bezirksvertretungen durchlaufen habe. Die Ergebnisse der Beratungen in den Bezirksvertretungen wurden in der Ergänzung zur Beschlussvorlage (**Anlage 1**) zusammengefasst. Er weist darauf hin, dass die Beschlüsse des Beirates für Behindertenfragen aus dem Jahr 2007 bei der Erstellung der Satzung berücksichtigt wurden. In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen von Frau Aufderheide und Frau Hammes-Hofmann beantwortet. Herr Bentrup weist darauf hin, dass Sondernutzungen, die nicht genehmigungsfähig seien, und Zuwiderhandlungen bei erteilten Erlaubnissen, auch geahndet würden.

Beschluss:

1.
 - a) **Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat, das als Anlage 1 beigefügte Gestaltungskonzept für die Sondernutzungen im Stadtgebiet Bielefeld unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beratungen in den Bezirksvertretungen zu beschließen.**
 - b) **Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat, dass das als Anlage 1 beigefügte Gestaltungskonzept für die Sondernutzungen im Stadtgebiet Bielefeld – hinsichtlich der Warenauslagen und der Dachaufsteller, Schilder und anderen Werbeobjekte – auch in Zone 4 der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld**

entsprechend gilt, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beratungen in den Bezirksvertretungen zu beschließen.

2.

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat, die als Anlage 2 beigefügte Neufassung der Satzung über die Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beratungen in den Bezirksvertretungen zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Barrierefreie Gestaltung des Kesselbrinks

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3108/2009-2014

Herr Fabian vom Amt für Verkehr erläutert die Vorlage.

Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die bestehenden Standards zur barrierefreien Gestaltung an allen Stellen im Straßenraum Anwendung finden.

In der sich anschließenden Diskussion wünschen die Mitglieder, dass die Sicherheit für blinde und sehbehinderte Menschen Vorrang vor städtebaulicher Gestaltung haben sollte. Das Wort „wesentlich“ auf Seite 4 in Abs. 1 der Vorlage sollte gestrichen und der Satz wie folgt formuliert werden: *„Die konstruktive Ausbildung der beiden über die Platzfläche führenden Leitstreifen wird der städtebaulich anspruchsvollen Gestaltung sowie der harmonisch aufeinander abgestimmten Materialien angeglichen ohne jedoch die Funktion der optischen und taktilen Leitfunktion zu beeinträchtigen“*. Die Beteiligung des Arbeitskreises „Bebaute Umwelt und Verkehr“ des Beirates sei zwingend erforderlich.

Bei einem Ortstermin sollen die für die optischen und taktilen Leitsysteme vorgesehenen Materialien vorgestellt werden. Erst danach könne die Farbe und die Beschaffenheit der zu verwendenden Materialien festgelegt werden.

Beschluss:

Unter dem Vorbehalt der Beteiligung der Arbeitsgruppe „Bebaute Umwelt und Verkehr“ des Beirates und der Beachtung der für die Sicherheit blinder und sehbehinderter Menschen vorhandenen Standards, stimmt der Beirat für Behindertenfragen den vorgestellten Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung des Kesselbrinks zu.

- einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 9 Konzept zum Ausbau barrierefreier Stadtbahnhaltestellen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2958/2009-2014

Herr Fabian vom Amt für Verkehr erläutert die Vorlage und bittet, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Unter 2. wird eingefügt: *„- im Bereich der Hauptstraße“.*

Nach 3. wird eingefügt:

„4. Des Weiteren soll gemäß des Antrages mit der Drucksachen-Nr. 3073/2009-2014 von der Verwaltung geprüft werden, ob ein barrierefreier Zugang zur Stadtbahnhaltestelle „Normannenstraße“ in der Hauptstraße beiderseits realisierbar ist.“

„5.:Des Weiteren wird auf der Seite 3 der Vorlage der 2. Absatz ersetzt durch folgenden Wortlaut: „Wir werden prüfen, ob die Zweckbindungsfrist 2021 auch gilt, wenn die Umbaumaßnahme „Hochbahnsteig“ als deutliche qualitative Verbesserung für den Straßenraum anzusehen ist und auch welche Bedeutung die gesetzliche Verpflichtung und die UN-Konvention zum behindertengerechten Zugang zum ÖPNV-System hat. Gerade letzteres kann kein Verhinderungsgrund sein.“

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss unter Berücksichtigung der Ergänzungen zu beschließen:

- 1. Das Konzept zum Ausbau barrierefreier Stadtbahnhaltestellen wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt als ersten Schritt für die Haltestellen**
 - **im Bereich der Hauptstraße**
 - **Ravensberger Straße (Marktstraße)**
 - **Heidegärten**
 - **Krankenhaus Mitte**

Planungen für eine barrierefreie Gestaltung zu erarbeiten. Dabei sind die Auswirkungen auf den Individualverkehr (MIV, Radfahrerinnen und Radfahrer, Fußgängerinnen und Fußgänger) zu prüfen und die städtebauliche Gesamtsituation zu untersuchen und vorzustellen.

- 3. Sobald die Ergebnisse der Potentialanalyse Stadtbahn vorliegen, wird das Konzept zum Ausbau barrierefreier Stadtbahnhaltestellen überarbeitet und die Priorisierung des weiteren Haltestellenausbaues den politischen Gremien**

erneut zur Beratung vorgelegt.

4. Des Weiteren soll gemäß des Antrages mit der Drucksachen – Nr. 3073/2009 – 2014 von der Verwaltung geprüft werden, ob ein barrierefreier Zugang zur Stadtbahnhaltestelle „Normannenstraße“ in der Hauptstraße beiderseits realisierbar ist.
5. Des Weiteren wird auf der Seite 3 der Vorlage der 2. Absatz ersetzt durch folgenden Wortlaut: „Wir werden prüfen, ob die Zweckbindungsfrist 2021 auch gilt, wenn die Umbaumaßnahme „Hochbahnsteig“ als deutliche qualitative Verbesserung für den Straßenraum anzusehen ist, und auch welche Bedeutung die gesetzliche Verpflichtung und die UN – Konvention zum behindertengerechten Zugang zum ÖPNV – System hat. Gerade letzteres kann kein Verhinderungsgrund sein.“

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich in den Stadtbezirken Mitte, Dornberg, Brackwede, Jöllenberg, Schildesche und Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2977/2009-2014

2977/2009-2014/1

Herr Müller vom Amt für Schule erläutert die Vorlage. Sie sei das Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses. Die Belange behinderter Menschen könnten betroffen sein, ohne sie heute benennen zu können. Die Umsetzung der Inklusion werde jedoch nicht eingeschränkt. In der sich anschließenden Diskussion wird deutlich, dass in dieser Sitzung keine Stellungnahme des Beirates erfolgen kann. Eine Arbeitsgruppe des Beirates, unter Beteiligung von Frau Röder, Frau Aufderheide, Herrn Dr. Bruder und Herrn Kläs, werde zeitnah eine Stellungnahme erarbeiten und nach vorheriger Absprache mit dem Vorsitzenden Herrn Baum dem Amt für Schule zur Vorbereitung einer konkreten Beschlussempfehlung für den Schul- und Sportausschuss übersenden.

Die Stellungnahme werde den Mitgliedern des Beirates in der nächsten Sitzung zur Kenntnisnahme vorgelegt.

- Die Mitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu. Der Beirat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis -

-.-.-

Frau Röder übernimmt um 11.46 Uhr die Sitzungsleitung.

Zu Punkt 11

Theoriereduzierte Ausbildung bei der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2782/2009-2014

Herr Schachtsiek erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass der Beirat ein intensiveres und kreativeres Engagement der Verwaltung zur Ausweitung von Angeboten theoriereduzierter Ausbildung bei der Stadt Bielefeld und deren Tochterunternehmen erwartet.

Auf mehrfache konkrete Nachfragen versichert Herr Schachtsiek, dass der Umweltbetrieb auch 2012 Gartenbauer in Kooperation mit einem Bildungsträger ausbilden werde - dem wesentlichen Anliegen des Beirats, diese Ausbildung grundsätzlich fortzusetzen, werde damit entsprochen. Er schlägt vor, für die nächste Sitzung einen Vertreter der Handwerkskammer oder der IHK einzuladen, um genauere Informationen über theoriereduzierte Ausbildungen und die nötigen Rahmenbedingungen zu erhalten.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 12

Behindertenfreundliches und seniorenfreundliches Bielefeld - Bericht zum aktuellen Sachstand -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2909/2009-2014

Herr Voelzke vom Amt für soziale Leistungen – Sozialamt erläutert die Vorlage. Auch Themen, die im Beirat behandelt wurden, seien in dem Sachstandsbericht enthalten. Auch auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention werde eingegangen. Neben der Überprüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen werden auf Bundes- und Landesebene Aktionspläne zur zielfördernden Gestaltung der tatsächlichen Rahmenbedingungen entwickelt. In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen der Mitglieder beantwortet. Auf die Frage von Herrn Heuer, ob es konkrete Vorgaben des Verwaltungsvorstandes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei der Stadt Bielefeld gäbe, führt Frau Schulz aus, dass bereits seit 1997 eine Dienstanweisung zur Beschäftigung und Förderung von Schwerbehinderten bestehe, die die Integration von behinderten Beschäftigten bei der Stadt Bielefeld regelt.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 13.1 **Beschlüsse zur Barrierefreiheit vom 27.10.2010**

- vertagt -

Zu Punkt 14 **Bericht an die Presse**

Es gibt nichts zu berichten.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Röder beendet die Sitzung um 12.45 Uhr.

Baum
Vorsitzender
(Sitzungsleitung bis 11.45 Uhr)

Röder
Stellvertretende Vorsitzende
(Sitzungsleitung ab 11.46 Uhr)

Daube
Schriftführerin